

kein Anpassungsprozeß wird? Von den Antworten dieser Kommission erwarte ich mir sehr viel.

Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Uwe-Jens Heuer das Wort.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Wort an Herrn Schäuble, wenn er es gestattet: Ich meine, daß die Entscheidung, wen der brandenburgische Landtag zum Vorsitzenden einer Untersuchungskommission bestellt, Sache des brandenburgischen Landtages ist. Das ist jedenfalls mein Verfassungsverständnis.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Bei uns nennt man das: „den Bock zum Gärtner machen“!)

Der Deutsche Bundestag steht vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Wir sollen eine Kommission einsetzen, die sich mit der Aufarbeitung von Geschichte befaßt, der Geschichte eines untergegangenen Staates, und dies zu einem Zeitpunkt, da die Bürger dieses Staates und auch wir Abgeordneten von einer Flut von Enthüllungen – wahren, halbweisen und falschen – über eben diesen Staat überschüttet werden. Wohl erstmals in der Geschichte steht einem Staat ohne Krieg und ohne Waffengewalt fast das gesamte Archivmaterial eines anderen Staates zur Verfügung, dessen Beseitigung, wie heute Bundeskanzler Kohl noch einmal bestätigt hat, stets sein innerstes Anliegen gewesen war.

Die gegenwärtige Atmosphäre kann in vielem nach meiner Ansicht nur mit der Atmosphäre der fünfziger Jahre, der Atmosphäre zur Zeit des KPD-Verbots verglichen werden. Damals betrachtete jeder der beiden Staaten sich als den rechtmäßigen deutschen Staat, den anderen als einen Unrechtsstaat. Damals waren hier Vokabeln wie „Stalinismus“ und „Totalitarismus“ in aller Munde, dort wurde vom „Kolonialstaat BRD“ gesprochen und scheute man nicht vor der Bezeichnung „vorfaschistischer“ oder „kriegstreiberischer Staat“ zurück.

Seitdem war das Klima ruhiger geworden. Die Entspannung brachte neue Einsichten, die auf realen Veränderungen, aber auch auf dem Willen zur friedlichen Koexistenz beruhten. Die SPD bescheinigte der DDR Reformfähigkeit, die SED der Bundesrepublik Friedensfähigkeit. Der Bundeskanzler Kohl empfing Erich Honecker als Staatsoberhaupt.

Heute ist die größere Bundesrepublik in großem Umfang zur Terminologie des Kalten Krieges zurückgekehrt. Die vielkritisierte DDR-Forschung greift wieder zur Vokabel des Totalitarismus. Honecker ist auf dem besten Wege, zum Stalin von heute zu werden.

In dieser Atmosphäre wird es sehr schwer sein, eine zweifellos notwendige – gerade auch für Sozialisten notwendige – Aufarbeitung der Geschichte

wahrhaftig durchzuführen. „Versöhnung unter Menschen kann ohne Wahrheit nicht gelingen“, erklärte Richard von Weizsäcker bei der Verleihung des Heine-Preises.

Jeder, der sich mit wissenschaftlicher historischer Arbeit beschäftigt hat, weiß, wie schwierig es ist, Wahrheit über Geschichte zu sagen. Ohne eigenen Standpunkt kann man nichts erkennen, und zugleich kann der eigene Standpunkt wichtige Einsichten verstellen. Der Scheinwerfer der Erkenntnis ist unabdingbar; aber er läßt auch immer etwas im Dunkeln – wie erst, wenn Interessen wirken und das Bild verzerren! Wenn solche geschichtliche Einsicht aber in einer Zeit der Aufgeregtheit bis hin zur Hysterie und der Suche absatzgieriger Medien nach immer neuen Enthüllungen gewonnen werden soll, muß das erste Gebot der Wissenschaft, aber auch der Politik Nachdenklichkeit sein: Radikalität der Kritik, die verstehen und begreifen und erst dann urteilen will. Ich glaube in den Reden von Willy Brandt und Rainer Eppelmann heute auch so etwas verspürt zu haben.

Ich weiß, daß das sehr viel von Politikern verlangt. Tatsächlich stimmen schon die Titel der Vorlagen bedenklich. Der SPD-Antrag ist überschrieben: „Politische Aufarbeitung von Unterdrückung in der SBZ/DDR“. Der gemeinsame Antrag lautet: „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“. Das DDR-Bild des SPD-Antrages wird bereits im Aufbau deutlich: erstens Machtstrukturen, zweitens offene Repressionsmechanismen, drittens verdeckte Repressionsmechanismen und viertens Leben in der Diktatur. Für Reformen ist hier kein Platz mehr. Das Leben in der Diktatur wird mit wenigen Begriffen erfaßt: Widerstand, politische Verfolgung, Kirche sowie Mitläufertum, Anpassung und Lethargie.

Auch für Dr. Jürgen Schmieder gab es heute in der Debatte nur Anpasser oder Widerständler. Er sprach von dem allgegenwärtigen System der Volksverdummung. Nun meine ich, daß die Ostdeutschen vielleicht solche Ausdrücke nicht immer gebrauchen sollten. Herr Dr. Schmieder war immerhin Absolvent einer Spezialschule der Physikalisch-mathematischen Richtung und der TH Chemnitz. Er ist Diplom-Ingenieur, besuchte die Betriebsschule Riesa und war dann Patentingenieur. Ich meine, wir sollten doch vielleicht auch in unserem eigenen Interesse nicht von einem allgegenwärtigen System der Verdummung im Osten sprechen.

Niemand kann, wenn man so herangeht, mehr die Frage beantworten, warum so viele in ganz Deutschland sich einst für das Ziel des Sozialismus eingesetzt haben und gerade in diesem ostdeutschen Weg eine Antwort auf die Katastrophe des Faschismus sahen. Ich schäme mich auch heute noch nicht, 1946 von Schleswig-Holstein nach Berlin gegangen zu sein, um dabei mitzutun. Ich sah damals in Westdeutschland einen Weg zur Restauration der alten Verhältnisse, weitgehend mit dem alten Führungspersonal.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber ich frage mich natürlich immer wieder, woran unser Vorhaben gescheitert ist, was wir falsch gemacht haben, welche Chancen es gegeben hat, die versäumt wurden.

(Zuruf des Abg. Dr. Günther Müller [CDU/CSU])

Alle diese Fragestellungen aber kennen diejenigen nicht, die hier eine Enquete-Kommission vorschlagen.

Geschichtsaufarbeitung mit einer solchen Zielstellung droht zur Stunde der großen Vereinfacher, zum Werkzeug für jene zu werden, die das Jahr 1992 zum Jahr der endgültigen Vernichtung der DDR-Reste machen wollen

(Zuruf von der CDU/CSU: Die gibt es doch gar nicht!)

und dabei seit anderthalb Jahren doch immer wieder dem alten Unrecht neues Unrecht hinzufügen.

Unsere Zweifel an der Tauglichkeit einer solchen Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte haben vielfältige Gründe. Warum soll Aufarbeitung von Unrecht in der deutschen Geschichte sich auf die Geschichte der DDR beschränken, eines Staates, mit dessen Untergang auch das in ihm existierende Unrecht untergegangen ist?

Aus welchem Grunde wird die sehr komplexe Geschichte der DDR von vornherein verkürzt als Unrechtsgeschichte definiert?

(Zuruf von der CDU/CSU: Weil sie es war!)

Im SPD-Antrag wird einerseits von der unbearbeiteten Geschichte der DDR gesprochen und der Standpunkt bezogen, daß die tatsächlichen Machtstrukturen vielfach verborgen blieben. Die DDR erscheint gewissermaßen als Terra incognita. Zum andern aber wird diese Geschichte bereits bewertet mit einer Vielzahl von Begriffen, die zu verstehen geben, daß man schon sehr genau weiß, wie es war.

Ich habe schon von dem Herangehen her den Eindruck, daß es das gleiche Muster ist, das wir aus der DDR sehr gut kennen. Die politische Absicht bestimmt das wissenschaftliche Ergebnis. Die erste Position ist bezogen auf die dringliche Notwendigkeit, eine politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu begründen. Die zweite Position zeigt, daß man sich partout von dem bereits feststehenden Urteil, die DDR sei ein Unrechtsstaat, durch keinerlei Tatsachen abbringen lassen wird.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Das war sie doch wohl auch!)

Die Enquete-Kommission wird sich zunächst mit der Aufgabe konfrontiert sehen, den generellen Sinn der Aufarbeitung von deutscher Geschichte und von DDR-Geschichte nach der Vereinigung zu bestimmen. Geschichte ist abgeschlossene Vergangenheit, aus der man für Gegenwart und Zukunft Lehren ziehen kann und muß. Aber diese Aufgabe ist wissenschaftlich zu diffizil und politisch viel zu brisant, als daß man sie ausgerechnet einzig

und allein einem Gremium von etablierten Politikern überlassen sollte, deren Meinung – jedenfalls wenn ich die Anträge studiere – bereits feststeht. So wie es keine allgemeine Moral gibt, so gibt es auch keine allgemeinverbindlichen Kriterien zur Bewertung von Geschichte.

(Abg. Freimut Duve [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Wir sind jetzt mit der Gefahr konfrontiert, daß eine Kommission des Bundestages zur Bewertung eines wichtigen Abschnitts deutscher Geschichte von der Moral und Autorität der Sieger beherrscht wird.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Kollege Heuer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Duve?

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Ja, bitte schön.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Das ist unerträglich! Sie waren doch einer der Chefideologen dieses Staates!)

Freimut Duve (SPD): Herr Kollege, Sie beschwerten sich über mögliche politische Absichten, die politische Parteien bei der Einsetzung haben könnten. Ich habe Ihren Antrag genau studiert, und ich muß sagen, daß Sie an mehreren Stellen politische Absichten, was das Verhalten verschiedener Bundesregierungen angeht, in diesen Antrag bereits so hineingebaut haben, daß jedenfalls ich Ihrem Antrag genau diese gleiche Absicht unterstellen muß, die Sie aus den anderen Anträgen glauben herauslesen zu müssen.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Ich will Ihnen eines sagen: Wir bewegen uns hier auf dem Feld der Politik, und es ist für Politiker sehr schwer, Wissenschaft zu betreiben. Ich weiß das. Ich war mein Leben lang gerne Wissenschaftler.

(Lachen bei der CDU/CSU – Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Chefideologe waren Sie doch, Herr Heuer!)

– Entschuldigen Sie, mein Herr. Lesen Sie meine Bücher! Ich habe das schon früher anderen Kollegen von Ihnen empfohlen. Lesen Sie meine Bücher, dann können wir uns ernsthaft unterhalten.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Die habe ich doch gelesen, deswegen weiß ich es!)

– Das ist sehr schön. Dann unterhalten wir uns darüber.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Sie haben doch die Verfassung interpretiert!)

Sie kennen doch gar nicht den Unterschied zwischen Ideologie und Wissenschaft. Darüber können wir uns ein anderes mal unterhalten.

(Widerspruch bei der CDU/CSU – Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Das ist die Arroganz der SED!)

Aber nun zu Herrn Duve.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Bitte sehr.

Freimut Duve (SPD): Sie haben in Ihrem Antrag mehrfach politische Ereignisse der 50er und 60er Jahre und auch Konföderationsangebote in einer Weise angesprochen, daß die politische Absicht in dem Antrag ganz deutlich wird. Ich denke, das sollten Sie hier auch nicht verschweigen und nicht so tun, als seien Sie der Reine und wir seien die Unreinen. Das geht nicht.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Nein, das behaupte ich nicht. Wenn wir einig wären, daß wir hier alle gemeinsam arbeiten und uns gemeinsam –

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Nein!)

– Entschuldigen Sie!

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Ich war kein Marxist-Leninist! Sie waren einer!)

– Das fehlt Ihnen, mein Herr; das fehlt Ihnen.

(Zuruf von CDU/CSU: Nein, das ehrt ihn!)

Das ist eine gute Schule.

(Dr. Rudolf Karl Krause [Bonese] [CDU/CSU]: Eine sehr gute Schule für Massenmörder!)

– Der erste Tote in diesem Hause war Gerhard Riege; ich will Ihnen das einmal sagen. Sie sollten das Wort nicht ungestraft in den Mund nehmen.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Sie waren doch ein Marxist-Leninist!)

– Was hier Mord betrifft, sage ich: Der erste Tote aus diesem Hause war Gerhard Riege, und Sie sollten dieses Wort nicht in den Mund nehmen.

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

– Darf ich weitersprechen?

Ich bestreite nicht, daß wir eigene Gesichtspunkte zur Geschichte haben. Wir haben eine Fülle von Fragen aufgelistet, und ich halte es für unser gutes Recht, auch unsererseits Fragen in die Debatte einzubringen.

Politische Aufarbeitung gerade auch der DDR-Geschichte ist eine Aufgabe aller politischen Strömungen gerade in Ostdeutschland, die nicht durch allgemeinverbindliche Vorgaben oder Schlußfolgerungen einer Kommission ersetzt werden kann. Für die politischen Kräfte, die im Kapitalismus den Endpunkt der Geschichte sehen, stand und steht die Schlußfolgerung aus dem Sozialismusversuch in der DDR fest: Es darf nie wieder einen solchen Versuch geben, auch keinen mit menschlichem und demokratischem Antlitz. Diejenigen, die sich für einen solchen Versuch in der DDR engagiert haben, müssen moralisch abqualifiziert und bestraft werden.

Für die Sozialisten in Ostdeutschland gibt es ganz andere Schlußfolgerungen: Gescheitert ist sowohl das Konzept der Diktatur des Proletariats als auch das der administrativen Kommandowirtschaft.

Wir als Partei des Demokratischen Sozialismus stellen uns die Frage nach

unserer Verantwortung für das Schicksal des Sozialismus in unserem Lande. Wir sprechen und wollen weiterhin sprechen über die Verantwortung von Sozialisten und von denjenigen, die sich als solche ausgaben, für Fehler und Verbrechen, die bei diesem Versuch begangen wurden.

Die überwiegende Mehrheit in der zu bildenden Enquete-Kommission bzw. die politischen Richtungen, die sie repräsentieren, waren von Anfang an gegen diesen Versuch, eine sozialistische, sozial gerechte Gesellschaft in Deutschland zu gestalten. Sie haben uns – das ist meine Meinung – von Anfang an nicht für unsere Fehler kritisiert, auch nicht primär für Unrecht, sondern dafür, daß wir diesen Versuch überhaupt annahmen.

Ich bin überzeugt: Wären Rosa Luxemburg oder Robert Havemann Präsident der DDR geworden, die Herrschenden der BRD hätten der DDR, so sie denn gekonnt hätten, auch kein anderes Schicksal bereitet.

Wir haben ein eigenständiges Interesse an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte, sowohl, um daraus konzeptionelle Konsequenzen für unsere Programmatik zu ziehen, als auch, um daraus politische Schlußfolgerungen für die Bewertung der Vergangenheit und unser politisches Verhalten in Gegenwart und Zukunft abzuleiten.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: 40 Jahre habt ihr die Andersdenkenden ins Gefängnis gebracht und umgebracht!)

Gegenüber einer generellen Aburteilung der DDR und des in ihr unternommenen Sozialismusversuchs werden wir immer wieder aufs neue darauf verweisen, daß der Einsatz von Millionen Menschen für den Aufbau einer anderen Gesellschaftsordnung in Überwindung des faschistischen Erbes keiner Entschuldigung bedarf,

(Dr. Karl-Heinz Hornhues [CDU/CSU]: Eingekerkert, gefoltert, das ist euer Versuch gewesen! Schämen Sie sich!)

daß es zur Realität im Nachkriegsdeutschland nun einmal gehörte, daß zwei Staaten existieren.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Herr Kollege Heuer, es liegen zwei Wünsche auf Zwischenfragen vor. Sie müssen mir zwischendrin einmal Gelegenheit geben, Sie zu fragen, ob Sie sie zulassen.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Ja, bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Herr Kollege Schmude und dann der Kollege Poppe.

Dr. Jürgen Schmude (SPD): Herr Heuer, wenn Sie eben davon sprachen, daß die Herrschenden in der Bundesrepublik Deutschland der DDR ein bestimmtes Schicksal bereitet hätten, wären Sie vielleicht so freundlich, darüber zu sprechen, daß die Bürger der DDR ihrem Staat selber ein Schicksal bereitet haben? Das ist doch nicht von hier gekommen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Ich weiß, welche Rolle die Bürger der DDR in diesem Zusammenhang gespielt haben. Aber diese Bürger der DDR wollten im Herbst 1989 nicht die Beseitigung der DDR; das wissen auch Sie, Herr Schmude.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was? Wo haben Sie denn gelebt? – Weitere lebhaftes Zurufe von der CDU/CSU)

– Entschuldigen Sie, Lautstärke entscheidet nicht über wissenschaftliche Fragen.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Herr Poppe.

Gerd Poppe (Bündnis 90/GRÜNE): Herr Kollege Heuer, sind Sie der Meinung, daß es angemessen ist, für diese These ausgerechnet die Person Robert Havemanns zu erwähnen, nach dem Schicksal, das ihm die SED bereitet hat?

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Ich verurteile das, was gegenüber Robert Havemann geschehen ist. Aber Robert Havemann war Sozialist, und Robert Havemann hätte an der Spitze dieser DDR das gleiche Schicksal erlitten. Das ist meine Überzeugung.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Heute!)

– Sie können eine andere haben. Allende ist in Chile ermordet worden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was haben Sie denn für Herrn Havemann gemacht?)

– Das habe ich eben gesagt. Das weiß ich ja. Ich habe es nicht gemacht. Aber andere.

(Zuruf von der CDU/CSU: Für ihn!)

– Ich will Ihnen einfach erläutern, daß ich der Meinung bin, daß auch dann, wenn Reformsozialisten, wenn Sozialisten wie Luxemburg und Havemann, an der Spitze dieses Staates gestanden hätten, diejenigen, die den Sozialismus in keiner Form wollen, diesen Staat ebenfalls erbittert bekämpft hätten. Das ist meine Meinung. Aber das würde genügen. – Darf ich bitte fortfahren.

(Zuruf von der SPD: Gegen Dubcek in Prag sind Sie gemeinsam einmarschiert!)

– Mein Herr, ich bin nicht einmarschiert. Ich war nie Soldat, im Gegensatz zu Ihnen vielleicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber Ihre Partei! Sie haben es doch verantwortet!)

Es ist wichtig, über Unrecht in der DDR zu sprechen. Aber es ist ebenso wichtig, über gegenwärtiges Unrecht zu sprechen, über die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und über das, was etwa die Hälfte der DDR-Bevölkerung gegenwärtig als Kolonialisierung empfindet, über die massenhafte Verletzung von Menschenwürde und Menschenrechten im Rahmen der Abwicklung und der Deindustrialisierung Ostdeutschlands und der bevorstehenden Vertreibung von Hunderttausenden von ihren Grundstücken und Häusern.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch Quatsch! Niemand wird vertrieben!)

Unser Verständnis von Geschichtsaufarbeitung ist in unserem Antrag dargestellt. Ich möchte die fünf Punkte, die wir im Antrag beschrieben haben, erläutern.

Erstens sagen wir nachdrücklich ja zu einer sachlichen und differenzierten Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Wir haben dabei auf vielfältige Unterdrückungsmechanismen hinzuweisen, aber auch zu beachten, daß es Leistungen, Konfliktregulierungsmechanismen und Werte in dieser DDR gab, die Zustimmung vieler Bürger fanden. Eine differenzierte Aufarbeitung der DDR-Geschichte durch die Enquete-Kommission ist deshalb so schwierig, weil das gesellschaftliche Klima, auch das Klima in diesem Hause, wie Sie beweisen, auf Verdammung und nicht auf Klärung aus ist. Die große Lüge der SED-Machthaber, daß das politische System auf einem tiefen, unerschütterlichen Vertrauensverhältnis zwischen der Partei, der Arbeiterklasse und dem Volk beruhe, wird ersetzt durch die ebenso große Lüge von der DDR-Geschichte als Horrorgeschichte von Repressionsakten und -mechanismen.

Hier wird die reale Widersprüchlichkeit des gesellschaftlichen Lebens in der DDR ebenso eliminiert wie auch keineswegs wirkungslose Möglichkeiten der Interessenartikulation und der Lösung sozialer Konflikte im politischen System oder am Arbeitsplatz. Die Normalität des gesellschaftlichen Lebens, im Arbeitsbereich, im Territorium, im Gesundheits- und Bildungswesen wird allein aus dem verengten Blickwinkel von Machtmißbrauch und des bornierten Machtbegriffs der SED erfaßt, bis hin zu erfundenen Schauergeschichten, der Ertränkung der Frühgeborenen in Wassereimern. Bewußt negiert wird, daß die DDR Vorbildliches auf den Gebieten der Sozialpolitik, der Kultur-, Wohnungs- und Bildungspolitik geleistet hat,

(Zuruf von der CDU/CSU: Plattenbauweise!)

daß es bei einer „halbierten deutschen Geschichte“ – Richard von Weizsäcker – bleibt, wenn wir dies unbeachtet lassen.

(Zuruf von der SPD: Sie haben nichts dazugelernt!)

Diese differenzierte und widersprüchliche Gesellschaft in der DDR wird reduziert auf eine Opfer-Täter-Struktur. Die wichtigste und gefährlichste Konsequenz dessen ist, daß, wer nicht Täter sein will, sich als Opfer darstellen muß und so Wendehälse, Heuchler und Karrieristen produziert werden.

Zweitens wenden wir uns gegen das vor allem für die CDU/CSU charakteristische Bemühen, in das Zentrum der Aufarbeitung der DDR-Geschichte die Formel vom Unrechtsregime DDR zu plazieren, um von da aus den großen, repressiven Rachefeldzug gegen alle, die sich mit der DDR verbunden fühlten,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wo gibt es denn einen repressiven Rachefeldzug?)

und mitunter sogar gegen alle, die in der DDR nicht aus politischen Gründen im Gefängnis saßen, zu rechtfertigen. Ich erinnere nur an die Frage von Mertens an Stolpe, auf welche Gesetzesverletzungen er sich denn berufen könne.

Die DDR war ein völkerrechtlich souveräner Staat mit einem eigenen Rechtssystem.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Einem Unrechtssystem, und Sie waren der Interpret!)

Im Grundlagenvertrag von 1972 hat die Alt-BRD dies anerkannt. Die Untersetzung der Formel von „Unrechtsregime DDR“ durch die Geschichtsaufarbeitung soll alles das vergessen machen bzw. als nichtig erscheinen lassen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Eine Zumutung!)

Der Enquete-Kommission erwächst hier eine sehr fragwürdige Funktion: die Kriminalisierung der DDR-Geschichte, den nachträglichen Ausschluß der DDR aus der Völkerrechtsgemeinschaft und der Hinweis auf ihren Charakter als Unrechtsstaat.

(Dr. Rudolf Karl Krause [Bonese] [CDU/CSU]: Kriminelle werden nicht kriminalisiert!)

Drittens schließlich halten wir es für notwendig, die Ursachen des Scheiterns des Versuchs zu ergründen, auf deutschem Boden einen sozialistischen Staat zu errichten. Dabei geht es auch darum, die Ursachen für Verantwortung und Schuld zu bestimmen. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören zahlreiche positive Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit,

(Zurufe von der CDU/CSU)

um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden. Dazu gehören aber auch Fehler, Irrwege, Versäumnisse und Unrecht.

Warum gelang es nicht, den Weg zu Demokratie und Rechtsstaat im Rahmen des Sozialismusversuchs in der DDR zu gehen?

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Weil die Diktatur des Proletariats der Maßstab war!)

Demokratie ist immer ein Risiko, Recht ist immer ein Risiko. Beide schränken die Allmacht ein, stabilisieren aber zugleich das System. Der Kapitalismus hat das in vielen Krisen gelernt. Die SED-Führung war nicht bereit, ein

Risiko einzugehen, und ging damit notwendig den Weg in ihren glanzlosen Untergang, der zugleich das Ende des Sozialismusversuchs war.

Man kann der DDR als Staat nicht vorwerfen, daß sie ein Staat war und entsprechend handelte. Man kann ihr aber sehr wohl vorwerfen, daß die Ablehnung jeglicher Reformen mit einer unablässigen Vergrößerung des Sicherheitsapparats und mit teilweise der eigenen Verfassung und den Rechtsvorschriften widersprechenden Repressionsmaßnahmen Hand in Hand ging.

Viertens muß die Aufarbeitung der DDR-Geschichte von den Wechselbeziehungen der Nachkriegsgeschichte zwischen beiden deutschen Staaten und deren Einbindung in internationale Kräftekonstellationen und spezifische Bündnisse ausgehen. Wir können nicht übersehen, daß die DDR wie auch die BRD, wie die deutsche Teilung überhaupt Resultate des Kalten Krieges waren. Eine sachliche und kritische Aufarbeitung der DDR-Geschichte hat auch nach den Auswirkungen des Kalten Krieges auf die Entwicklung in der DDR und in der BRD zu fragen.

Fünftens kann wirkliche Vereinigung über Geschichtsaufarbeitung nur gelingen, wenn wir uns einer Aufarbeitung der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert in ihrer Gesamtheit widmen. Es ist für die Zukunft Deutschlands verhängnisvoll, wenn sich die Tendenz fortsetzt, hinter der Abrechnung mit der DDR die ungenügende Bewältigung des faschistischen Erbes zu verdecken und die Dinge in Zusammenhang mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte so darzustellen, als ob die DDR die Fortsetzung des Nazi-Staates gewesen sei,

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Sehr wahr! Rot und Braun!)

ansonsten aber über die Verbrechen dieses Nazi-Staates kein Wort zu verlieren.

In der Debatte hat heute einzig und allein Herr Poppe ein Wort der Kritik am Nazi-Staat gefunden. Sonst hat hier niemand etwas in dieser Richtung gesagt.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Warten Sie ab! Es kommt ja noch! – Detlev von Larcher [SPD]: Sie haben ja nicht zugehört! – Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Da war er noch nicht im Plenum!)

Deswegen sehe ich in dieser Vorgehensweise die große Gefahr, daß die Verbrechen des Nazi-Staates durch die Kritik an der DDR verdeckt werden.

Wenn über Unrecht und Demokratieverletzung in der DDR zu reden ist, dann darf man auch über Unrecht in der BRD nicht schweigen.

Wir sagen ja zur Aufarbeitung der Geschichte in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit. Wir werden uns in diesem Sinne an der Arbeit der Kommission beteiligen. Wir sagen nein zu einer Unterordnung dieser Aufgabe unter das politische Ziel, die Schlachten des Kalten Krieges nun auch moralisch siegreich gewinnen und juristisch besiegeln zu können.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste – Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Höchst schwach!)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächster hat der Kollege Wolfgang Mischnick das Wort.

Wolfgang Mischnick (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon vieles zum Ausdruck gebracht worden, was von uns allen gleich gesehen wird: Erfahrungswerte, Notwendigkeiten. Ich will mich bemühen, ein paar Gesichtspunkte anzufügen, die ergänzend auf einiges hinweisen sollen.

Ich bin in letzter Zeit sehr viel von Ausländern gefragt worden: Wie war es eigentlich möglich, daß es nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur so lange gedauert hat, bis in dem, was die DDR war, der entsprechende Widerstand zur Beseitigung des Systems führte? Es sollte eine wichtige Aufgabe der Kommission sein, auch die Gesamtzusammenhänge aus den letzten 40, 45 Jahren mit sichtbar zu machen. Wir müssen uns davor hüten, daß die Kommission in erster Linie oder ausschließlich den innenpolitischen Teil – den ich für den wichtigsten halte – betrachtet. Sie muß sich vielmehr darüber im klaren sein, daß das Ergebnis dieser Enquete-Kommission auch international gesehen und beachtet wird. Das bedeutet für mich nicht, daß die Kommission nun bis in die letzte Einzelheit hinein alles, was in der Vergangenheit geschehen ist, auch entsprechend aufarbeiten muß. Aber es muß sichtbar werden, welche internationalen Zusammenhänge mit der nationalen Entwicklung verbunden waren. Dazu lassen Sie mich ein paar Bemerkungen machen. Dann wird nämlich auch die Bemerkung, die wir eben hörten, daß wir bei dieser ganzen Arbeit von Moral und Autorität der Siegermächte bestimmt seien, in sich zusammenfallen.

Meine Damen und Herren, mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß wir 1945 beginnen müssen, mit den vier Besatzungszonen und ihren unterschiedlichen Entwicklungen. Wir müssen berücksichtigen, wie der Versuch gemacht wurde, auch in der sowjetischen Besatzungszone eine demokratische Struktur aufzubauen. Es ist kein falscher Ansatz, wenn man darauf hinweist, daß der Zusammenschluß von KPD und SPD 1946 für die beiden anderen politischen Kräfte, die es damals gab, eine Schwächung bedeutete. Das hat nichts damit zu tun, daß wir davon etwas wegwischen wollen. Im Gegenteil: Wir müssen natürlich hinzufügen, daß von Kurt Schumacher von der späteren Bundesrepublik, den damaligen drei Westzonen, aus versucht worden ist, den Zusammenschluß zu verhindern, daß es Hunderte und Tausende von SPD-Mitgliedern gab, die das nicht mitgemacht haben, die versucht haben, woanders Zuflucht zu finden. Aber umgekehrt gab es Tausende und Hunderttausende, die in die Einheit gegangen sind und damit die anderen Kräfte, die damals noch die Hoffnung hatten, ein demokratisches System zu schaffen, in ihren Bemühungen geschwächt haben.